



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Parteipolitisches aus Baden

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

die bei der Reichsfinanzreform zunächst interessieren, bei den Erbgütern, wo keiner der Steuerpflichtigen den Fehler falscher Wertbildung gemacht zu haben braucht. Wie will man das Recht begründen, sie für die Mißgriffe anderer büßen zu lassen, die unverhältnismäßige Preise für Güter anlegen? Es ist zuzugeben, daß Ertragswerte auf unsichern Schätzungen beruhen werden als Handelswerte. Aber Delbrück, dessen Vorschlag es ist, diese zu benutzen, hätte nur recht, wenn der klarste Wert auch immer der richtigste wäre. Und das ist eben falsch. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, dann ist allerdings eine mehr oder weniger exakt begründete Lage in jedem Fall richtig, einerlei, nach welchen Grundsätzen sie aufgestellt ist, einerlei, ob es sich um eine Maximal- oder Minimaltaxe handelt. Tatsächlich sind aber die Unterschiede zwischen Maximaltaxen und Minimaltaxen viel zu groß, auch wenn es nüchterne solide Schätzungen sind, als daß es einerlei sein sollte, ob man die eine oder die andre wählt.

Um es noch einmal zusammenzufassen: man muß sich durchaus davor hüten, die Pflicht des vorsichtigen Wirts, bei seinem Vermögensabschluß niedrig zu schätzen, im Grunde für ein Unrecht anzusehn. Nicht damit muß man den agrarischen Kämpfen bei dem Streit um die Finanzreform kommen, sondern, wie gesagt, damit, daß diese Pflicht für die Landwirte zugleich einen wesentlichen Steuervorteil bedeutet, den sie gegen etwaige Nachteile aufrechnen sollten.



Parteipolitiches aus Baden



In Baden ist die Agitation für die im Herbst stattfindenden Landtagswahlen schon in vollem Gange. Es sind tiefgreifende Streitfragen, die die Gemüter bewegen. Der Großblock von 1905, das heißt das Bündnis der Nationalliberalen, Freisinnigen, Demokraten und Sozialisten, ist bisher nicht erneuert worden. Innerhalb der Nationalliberalen hatte und fand er eine starke Gegnerschaft. Aber die Partei als Ganzes würde ihm doch vielleicht wieder zugestimmt haben, wenn nicht die in Baden an Zahl sehr schwachen Freisinnigen bei der Verteilung der Wahlkreise eine gar zu große Forderung gestellt hätten. Da die Nationalliberalen sie unmöglich bewilligen konnten, und jene doch hartnäckig blieben, so war von einer Einigkeit der Liberalen keine Rede, geschweige denn von einem Bündnis mit der Sozialdemokratie. Damit ist freilich nicht jegliche Art der Blockbildung ausgeschlossen. Gegenwärtig sind Vereinbarungen zwischen Nationalliberalen und Demokraten getroffen worden, die eine Einigung für einzelne Wahlkreise darstellen. Es ist auch möglich, daß noch mancherlei Übereinkommen mit der Sozialdemokratie, vielleicht stillschweigende, vielleicht sogar offene, geschlossen werden. Sedenfalls wird durch die veränderte Gestaltung

der Dinge die Lebhaftigkeit der Wahlbewegung nicht gemindert. An Stoff für die politische Diskussion fehlt es nicht. Und diese wird noch wesentlich gesteigert durch eine neue Erscheinung, die seit den ersten Monaten dieses Jahres in die Öffentlichkeit getreten ist. Es haftet ihr so viel allgemeines Interesse an, daß sie eine eingehendere Berücksichtigung an dieser Stelle verdient.

Am Schluß des Jahres 1908 veröffentlichte Pfarrer Karl, Diakonissenhausgeistlicher in Freiburg i. B., eine Schrift „Bekanntnisse eines kirchlich-liberalen und bisher nationalliberalen Pfarrers“ (Karlsruhe i. B., Buchdruckerei Fidelity). Sie erschien anonym. Aber der Verfasser legte auf die Anonymität keinen besondern Wert. Man wußte auch sehr bald, daß die Schrift von Pfarrer Karl herrühre. Ihr Inhalt läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß sie eine energische Kritik an dem Verhalten der nationalliberalen Partei Badens, besonders in kirchlichen Fragen, übt; es wird ihr namentlich Mangel an Verständnis und Interesse für die evangelische Kirche vorgeworfen. Pfarrer Karl bemerkt ausdrücklich, daß er nur die nationalliberale Partei Badens, nicht die anderer deutscher Staaten im Auge habe. Er weist selbst darauf hin, daß Württemberg und Preußen andre Verhältnisse haben. In der Tat würden ja auch einem Manne wie dem württembergischen Parlamentarier Professor Hieber gegenüber jene Vorwürfe gar nicht am Platze sein. Karl macht ferner die Einschränkung, daß er seine Angriffe keineswegs gegen einzelne Führer oder Wähler richte, sondern „nur gegen die badische Gesamtpartei“. Gegen diese aber geht er sehr energisch vor. Er legt dar, daß sie, mehr geschoben als führend, auf dem besten Wege sei, die Trennung von Staat und Kirche ins Werk zu setzen; daß sie eine starke Neigung zeige, die staatliche Dotation zu beseitigen, und in sittlichen Fragen für die Stellung und die Aufgaben der Kirche eine merkwürdige Verständnislosigkeit bekunde.

Es verdient besondere Beachtung, daß diese Angriffe von einem kirchlich-liberalen und bisher nationalliberalen Manne ausgehn. Man darf also nicht behaupten, daß ihm etwa alte Voreingenommenheit die Feder in die Hand gedrückt hat. Wir haben es vielmehr mit Beobachtungen zu tun, die in denselben Kreisen gemacht worden sind, gegen die sich jetzt die Kritik richtet. Weiter verdient das positive Ziel, das sich Karl setzt, Beachtung: „eine religiös-weitherzige konservative Partei, welche den christlichen Charakter des Staatswesens gesetzgeberisch retten und ausbauen will, aber die innerkirchlichen Gegensätze der politischen Arena entzieht.“ Er will die kirchlich-positiven und die kirchlich-liberalen Kreise vereinigen, ihre Gegensätze sollen literarisch und auf den Synoden durchgekämpft werden, aber nicht im Parlament; hier sollen sie vielmehr als Einheit auftreten. Karl bezeichnet seine Richtung als die „freikonservative, unter stärkerer Betonung des kirchlichen Moments“.

Diese Schrift erregte großes Aufsehen und hatte auch die praktische Wirkung, daß ihr Verfasser im Wahlkreis Schwellingen als Landtagskandidat aufgestellt wurde und hier im Wählerkreise begeisterte Aufnahme fand. Die Aufstellung ging von einem freien Wahlkomitee aus, an dessen Spitze Pfarrer

Dr. Merz steht,*) der früher ebenso wie Karl nationalliberal gewesen war. Nun aber begann die nationalliberale Partei sofort eine heftige Gegenagitation. Wir sprechen selbstverständlich den Nationalliberalen im vollen Umfang das Recht zu, sich gegen die erhobnen Angriffe zu verteidigen, um so mehr, als wir ihre historischen Verdienste höher einschätzen, als Karl es tut.**) Aber kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die Art, wie er bekämpft worden ist, durchaus verurteilt werden muß. Auf die rein persönlichen Auseinandersetzungen gehen wir nicht ein (vgl. darüber Freiburger Zeitung vom 23. und 27. März 1909); es ist erfreulich, daß ein nationalliberales Blatt selbst, und zwar ein sehr angesehenes, die Kölnische Zeitung (am 8. April), sie mißbilligt hat. Aber an gewissen Angriffen, die eine wichtige prinzipielle Seite haben, können wir nicht vorbeigehen.

Im Mannheimer Generalanzeiger vom 12. März 1909 erklärte das „nationalliberale Parteisekretariat“ recht unverblümt, Pfarrer Karl könne wegen seiner Polemik gegen die nationalliberale Partei die Stellung am Diakonissenhaus nicht weiter behalten, und ein sonst so besonnenes Blatt wie die Straßburger Post bemerkte zu der Frage, ob Pfarrer Karl in seiner Stellung als Leiter des von liberaler Seite reich unterstützten Freiburger Diakonissenhauses nach Recht und Billigkeit seine Propaganda gegen den Liberalismus fortsetzen dürfe, am 15. März 1909: „wir enthalten uns dabei der Einmischung, können uns aber die Bemerkung nicht versagen, daß einerseits ein Zwang nicht ausgeübt werden sollte, und andererseits der Takt dem Pfarrer Karl sagen mußte, was er unter den gegebenen Umständen zu tun und zu lassen hätte.“ Der Führer der badischen Nationalliberalen, Dr. Obkircher, aber sagte in seiner Rede vom 7. März in Schwellingen (den authentischen Text bringt der Mannheimer Generalanzeiger vom 8. März): „Der betritt einen eigentümlichen Weg, der als liberaler Theologe sich mit denen zusammenschließt, die in theologischen und kirchlichen Dingen positiv gerichtet sind... Das ist ein Irrweg, und der muß zum Unheil führen.“

Es ist, als ob es diese liberalen Stimmen darauf angelegt hätten, nachträglich noch recht kräftiges Beweismaterial für die Kritik, die Karl an ihrer Partei geübt hat, zu liefern! Er warf ihr Nichtachtung der evangelischen Kirche und ihrer Geistlichen vor — und was liegt in jenen Sätzen andres?! „Wenn

*) Von nationalliberaler Seite hat man es so dargestellt, als ob Karl den Nationalliberalen einen sichern Wahlkreis entreißen wollte. Dies wäre ja nicht unter allen Umständen ein Unrecht. Aber die Verhältnisse liegen tatsächlich ganz anders. Der Wahlkreis Schwellingen war bisher nicht nationalliberal, sondern demokratisch vertreten. Gegen den demokratischen Abgeordneten ist Karl aufgestellt worden. Als es bekannt wurde, daß in Schwellingen beabsichtigt werde, Karl aufzustellen, stellten die Nationalliberalen einen Gegenkandidaten in der Person des Stadtpfarrers Klein in Mannheim auf, und zwar so schnell, daß die formelle Proklamierung noch ein paar Tage früher erfolgte als die des Pfarrers Karl. Aber Kleins Aufstellung entsprang nur der Absicht, dem einen Pfarrer einen andern entgegenzustellen.

**) Karl hat übrigens selbst einen sehr scharfen Satz seiner Schrift in öffentlicher Versammlung in Freiburg am 13. März zurückgenommen.

du etwas gegen die Partei sagst, so verlierst du dein Amt!" Und während Pfarrer Karl die Identifizierung des theologischen mit dem politischen Standpunkt beseitigen will, stellt Dr. Obkircher schroff den Satz auf, daß der liberale Theologe politisch nicht konservativ sein dürfe. Wenn nun aber der liberale Theologe meint, daß die Konservativen mehr Verständnis für kirchliche Fragen haben als die Liberalen? Und wenn er ferner selbständige politische Forderungen aufstellt, die in der liberalen Partei nicht befriedigt werden? Tut nichts: weil er liberaler Theologe ist, muß er auch politisch liberal sein! Es kommt hinzu, daß Karl nicht schlechthin in die vorhandne konservative Partei eintreten will; sein Wunsch ist vielmehr die Bildung einer konservativen Vereinigung auf breiterer Grundlage. Es ist schon mit Recht bemerkt worden, daß jenes Verfahren eine verzeifelte Ähnlichkeit mit dem Verfahren des bayrischen Episkopats in den Fällen Grandinger und Tremel hat. Diese katholischen Pfarrer sollten ihr Amt verlieren, weil sie als Gegner der Zentrumsparthei auftraten. Pfarrer Karl soll sein Amt verlieren, weil er als Gegner der liberalen Partei auftritt. Gegen eine solche Beschränkung der politischen und allgemeinen geistigen Freiheit müssen wir aufs entschiedenste protestieren.

Es berührt bei dieser Sachlage sehr eigentümlich, daß nun weiter gegen Karl der Vorwurf erhoben wird, er wolle ein „evangelisches Zentrum“ schaffen. Das Charakteristische des Zentrums liegt darin, daß alle politischen Fragen von einem bestimmten kirchlichen Standpunkt aus beurteilt werden. Karl verlangt ja aber gerade die Ausscheidung spezifisch theologischer Streitfragen aus der Politik; er rückt nur das allgemein Christliche in den Vordergrund. Er betont das den Protestanten und Katholiken gemeinsame. Wenn er hervorhebt, daß die Trennung von Staat und Kirche den Protestanten mehr Schaden bringen würde als den Katholiken, so fügt er hinzu, daß sie auch in deren Interesse nicht wünschenswert sei. Endlich geht aus Karls Schrift hervor, daß er auch selbständige, vom kirchlichen Standpunkt unabhängige politische Anschauungen hat. Eher könnte man Dr. Obkircher die Schaffung eines „Zentrums“ vorwerfen, weil er verlangt, daß sich jeder liberale Theologe als solcher zur politisch-liberalen Partei halten müsse.

Neben der Absicht der Bildung eines „evangelischen Zentrums“ wirft man Karl namentlich die Unterstützung vor, die er von seiten des katholischen Zentrums finden werde. In der Tat liegt eine Erklärung aus Zentrumskreisen vor, wonach es für Karl stimmen wolle. Aber man darf hier sofort fragen: welchem Kandidaten soll es denn seine Stimme geben? dem Sozialisten? dem Demokraten? dem Nationalliberalen, der in der Unterstützung durch das Zentrum an sich einen Makel sieht? Die Zentrumsblätter erinnern mit Recht daran, daß „die Herren Muser, Heimburger, Benedey und andre linksliberale Abgeordnete viele Jahre lang ihre Kammermandate nur den Zentrumsstimmen verdankten“. Diese Herren haben sich in der Tat die Zentrumsunterstützung immer schmunzelnd gefallen lassen. Zum mindesten die Linksliberalen sollten deshalb andern Parteien nicht die Unterstützung durch das Zentrum vorwerfen.

Es kommt ferner darauf an, in welcher Absicht das Zentrum einer Partei beispringt. In Bismarcks Zeit stimmte es in der Regel für Fortschrittler und Sezessionisten (auch gegen Konservative), um die Reichsregierung möglichst in Verlegenheit zu bringen. Es war natürlich ein Widerspruch mit den eignen Prinzipien, wenn es einen Freisinnigen unterstützte. Leider macht es sich derartiger Widersprüche auch heute (so bei der Unterstützung von Sozialdemokraten) noch öfters schuldig. Aber erfreulicherweise können wir seit längerer Zeit doch konstatieren, daß es sich mehrfach sachlichen Erwägungen zugänglich zeigt und nicht bloß den Grundsätzen einer rein äußerlichen Taktik folgt. Es ist eigentlich ein Anachronismus, wenn es heute einem „Freisinnigen“ den Vorzug vor einem rechtsstehenden Nationalliberalen gibt (ausnahmslos geschieht es ja auch nicht mehr); zumal da im Reichstag und in den Landtagen die nationalliberale Partei und das Zentrum wiederholt gemeinsam operiert haben. Wir erwähnen ferner, daß sich Pfarrer Karl von jeder Rücksicht auf das Zentrum frei erklärt, und daß der Zentrumsführer Wacker öffentlich und in aller Form geäußert hat: „Wir legen dem konservativen Kandidaten, der mit Hilfe des Zentrums gewählt wird, keinerlei Verpflichtungen auf.“ Wie es sich aber auch mit diesen Dingen verhalten mag, folgendes dürfte unbestreitbar sein: vom nationalen Standpunkt aus, wie ihn auch die Nationalliberalen in ihrer guten Zeit vertreten haben und glücklicherweise noch heute oft vertreten, ist doch ein Politiker von der Richtung Karls, d. h. ein Freikonservativer, freundiger zu begrüßen als ein Freisinniger oder Demokrat oder Sozialdemokrat. Wem soll nun nach dem Wunsche der badischen Nationalliberalen das Zentrum zum Siege verhelfen?

Karls Kritik gilt nicht sowohl den Personen als vielmehr der badischen nationalliberalen Partei als Ganzem. Er weist auch schon auf das Moment hin, das sie die schiefe Ebene hinabzuschieben droht: es ist das Bündnis mit den Demokraten und Sozialdemokraten. Wenn die Linksliberalen die Einigung des gesamten Liberalismus fordern, so tun sie so, als ob sie von reiner Liebe zu den nationalliberalen Brüdern erfüllt seien. In Wirklichkeit aber wollen sie diese, indem sie sie zärtlich umarmen, erdroffeln: ihre politischen und kirchenfeindlichen Ideale sollen die Nationalliberalen annehmen, oder sie sollen — verschwinden. Eine solche liebe Nachbarschaft droht der nationalliberalen Partei Gefahr.

Noch verhängnisvoller wirkt das Bündnis mit der Sozialdemokratie. Von deren Führern sind stolze Worte über ihre Herrscherstellung gesprochen worden, und wir geben ihnen gern das Zeugnis, daß sie sie auszunutzen wissen. Die Geistlichen, die im Rahmen der Karlschen Bewegung stehn, üben eine soziale Tätigkeit im schönsten Sinne des Worts. Aber sie ist nur da recht erfolgreich, wo die Sozialisten noch nicht die Herrschaft haben. Wo dagegen der sozialistische Terrorismus etabliert ist, bleibt für freie soziale Tätigkeit kein Raum. Wehe unsrer Kultur, wenn die Sozialdemokratie im ganzen Staatsleben maßgebend würde! Wir verargen es den National-

liberalen nicht, daß sie ihre Selbständigkeit „nach rechts“ betonen; nur bitten wir, daß sie nicht weniger selbständig „nach links“ auftreten möchten. Die letzte badische Legislaturperiode, die unter dem Zeichen des Bündnisses mit der Sozialdemokratie begann, hat doch manche Dinge hervorgebracht, die wohl den Gedanken nahe legten, daß wir einmal bei französischen Zuständen anlangen könnten, und zwar nicht bloß in bezug auf das Verhältnis von Staat und Kirche.

Die Karlsche Bewegung ist ein wichtiges Symptom, insofern sie die Verbreitung der Erkenntnis beweist, daß der von der badischen national-liberalen Partei eingeschlagene Weg gefährlich ist. Sie ist nicht das einzige Symptom dieser Art. Eben dahin gehört die Tatsache, daß die im Jahre 1907 in Freiburg begründete reichsparteiliche (freikonservative) Vereinigung*) starken Zuzug von Nationalliberalen erhalten hat, die mit jenem Wege nicht einverstanden waren. Und es ließen sich noch mehr Symptome der Art anführen.

Diese Symptome hat die nationalliberale Partei auch keineswegs unbeachtet gelassen. In ihren neuern Äußerungen und Handlungen merkt man schon etwas davon. Man hört jetzt schon manches Wort gegen den Radikalismus. Von hier aus darf man sagen, daß die Karlsche Bewegung selbst dann nicht vergeblich gewesen ist, wenn sie die Zusammensetzung des Landtags nicht unmittelbar beeinflusst. Aber zu wünschen bleibt es, daß die von Karl vertretenen Gedanken auch unmittelbar im Landtage vertreten werden. Denn die damit hergestellte dauernde und lebendige Mahnung übt natürlich eine viel stärkere Wirkung aus. Unseres Erachtens wird die nationalliberale Partei nach links weit fester auftreten können, wenn auf der rechten Seite ein kräftiges Bollwerk errichtet wird.



Die deutsche Shakespeareübersezung

Von Professor Dr. A. Schröder in Köln am Rhein

1



In den letzten Jahren ist über die Frage der besten deutschen Shakespeareübersezung ein heftiger Streit entbrannt, dessen Ende noch gar nicht abzusehen ist. Wenn diese Frage nur eine besondere Frage der philologischen Wissenschaft wäre, so ließe sich ihre Behandlung ganz von selbst in den zünftigen Bahnen regeln. Aber an der Frage sind die weitesten Kreise unsers Volkes mitinteressiert: Shakespeare, obwohl ein englischer Dichter, gilt für uns schon längst gewissermaßen auch als deutscher Klassiker, fast so sehr wie Schiller und Goethe.

*) Was das Verhältnis von Pfarrer Karl zu ihr betrifft, so ist er ihr früh beigetreten. Seine Schrift hat er selbständig, auf eigene Hand veröffentlicht, und ebenso ist seine Kandidatur in Schwetzingen nicht von der reichsparteilichen Vereinigung ausgegangen. Sie hat ihr aber nachträglich ihre Unterstützung geliehen.